

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Band: 41 (1962)
Heft: 2

Artikel: Armee und Demokratie
Autor: Aeschbach, Karl
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-337335>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

zollmäßigen Anschluß an den Gemeinsamen Markt ohne Preisgabe politischer Hoheitsrechte. Was dem einen recht ist, sei dem andern billig.

Inwieweit dieses Kesseltreiben gegen die neutralen Staaten der wirklichen Stimmung innerhalb der EWG entspricht, ist schwer zu beurteilen. Bis jetzt ist von seiten des EWG-Ministerrates, der das entscheidende Wort zu sprechen hat, zum Assoziationsproblem noch keine verbindliche Meinungsäußerung erfolgt. Angesichts der harten Einstellung maßgebender EWG-Persönlichkeiten gegenüber den Assoziationsgesuchen der Neutralen sind wir gut beraten, wenn wir uns auf lange und schwierige Verhandlungen einstellen und uns bereits heute mit der Frage auseinandersetzen, welche Möglichkeiten uns zur Verfügung ständen, falls sich, was wir nicht hoffen, der bilaterale Assoziationsweg als nicht realisierbar erweisen würde.

KARL AESCHBACH

Armee und Demokratie

Armee und Demokratie sind grundsätzlich zwei Organismen von völlig entgegengesetzter Struktur. Während die politische Demokratie auf einer möglichst breiten Machtverteilung und einem Staatsaufbau von unten nach oben beruht, ist jedes Heer eine strenge Hierarchie von oben nach unten, dem demokratischen Prinzip völlig entgegengesetzt. Dieser Antagonismus hat zu allen Zeiten Anlaß zu Diskussionen gegeben, seit es Demokratien im modernen Sinne gibt. In den großen demokratischen Revolutionen des 19. und 20. Jahrhunderts wurde immer wieder der Ruf nach einer Demokratisierung der Armee laut, es wurden Soldatenräte gebildet und die Wahl der Offiziere durch die Truppe verlangt. Daß solche Forderungen für die Festigung einer Revolution durchaus notwendig und angebracht waren, beweist Arthur Rosenberg in glänzender Weise in seiner «Geschichte der Weimarer Republik». Der Niedergang der ersten deutschen Republik, ihre innere Aushöhlung und die Wiederbefestigung der vorher herrschenden reaktionären Schichten war weitgehend das Werk der Reichswehroffiziere und der putschenden Freikorpsführer, und das Dilemma der durch und durch demokratisch gesinnten sozialdemokratischen Führer der jungen Republik war es, daß sie sich vertrauensselig auf die alte, unveränderte Militärkaste stützten. Die früheren kaiserlichen Offiziere wahrten wohl nach außen hin ihre Loyalität zum neuen Regime, aber im Grunde blieben sie doch die Repräsentanten der Reaktion. Die Regierung der Ebert, Scheidemann und Noske verlor das Vertrauen der großen, demokratischen Arbeitermassen, weil sie es

unterließ, die Armeeführung zu reorganisieren und zu demokratisieren und dadurch die reale Gewalt im Staate immer mehr an die gegenrevolutionären Offiziere verlor.

Der schicksalshafte Niedergang der Weimarer Republik sollte uns eines gelehrt haben: daß eine Armee von allen Volksteilen getragen werden muß und daß ihre Loyalität zum demokratischen Staate am besten dadurch gewährleistet wird, daß die Armeeführung mit den wirklichen Kräfteverhältnissen im Staate übereinstimmt. Im festgefügt demokratischen Staate wird niemand mehr an eine Offizierswahl durch die Truppen denken, und auch die Institution der Soldatenräte trägt eindeutig die Zeichen des Übergangs in einer revolutionären Krise. Was aber der demokratische Staat unbedingt verlangen muß, ist eine

Demokratisierung des militärischen Aufstiegs.

Der Weg zum Offizier bis in die höchsten Chargen der Armee muß ausdrücklich für Angehörige aller Bevölkerungsschichten offenstehen, und wenn nötig müssen wirtschaftliche Maßnahmen für die Angehörigen unterer Schichten eine solche Laufbahn erleichtern.

Diese Notwendigkeiten sind von General Guisan in seinem Bericht an die Bundesversammlung über den Aktivdienst 1939—1945 sehr eindeutig formuliert worden:

«Der Mangel an charaktvoller Persönlichkeit, der ihnen (den jungen Offizieren) manchmal vorgeworfen wird, erscheint als etwas, was im Bürgertum, als derjenigen sozialen Schicht, aus der die meisten von ihnen stammen, mehr und mehr verbreitet ist. In einer Armee, die das Spiegelbild der Nation ist und es bleiben muß, war es normal, daß diejenige Gesellschaftsklasse, die allein die Leitung der bürgerlichen Angelegenheiten besorgte und wirklich die Elite des Landes darstellte, auch in der Armee eine entsprechende Stellung einnahm. Aber heute machen andere soziale Kräfte dem Bürgertum den Vorrang streitig. Aus den Kreisen des Bauernstandes und der Arbeiterschaft gehen Führer hervor, die das Schicksal des Landes ebenso stark beeinflussen wie die bis anhin herrschende Klasse. Als logische Folge dieser Entwicklung zeigt das Bürgertum, das nur noch teilweise an der Leitung der Staatsgeschäfte teilnimmt, weniger Lust und weniger Sinn für die Verantwortung. *Wenn demnach die Autorität im Lande sich auf neue Stände ausdehnt, so müssen diese auch in der Armee vertreten sein.*»

Am 30. und 31. August 1947 führte die SPS einen Parteitag durch, der ein Programm zur Armeereform genehmigte, in dem sich die Sozialdemokraten ausdrücklich bereit erklärten, die ihnen zuteil werdende Verantwortung zu übernehmen. Das Programm von 1947 wollte die Grundlage zur praktischen

Verwirklichung der Mitarbeit der Arbeiterschaft in der Armeeführung legen. So wurde gefordert, daß nicht mehr in erster Linie forsches Auftreten, sondern die kriegsentscheidenden Eigenschaften, wie Zuverlässigkeit, Mut, technisches Können und anständige Gesinnung, entscheidend sein müßten für die Auswahl der Offiziere. Arbeiter dürften von der Offizierslaufbahn nicht ausgeschlossen werden, sondern die Ausbildung sollte ihnen durch Heranziehung der Lohn- und Verdienstersatzkassen ermöglicht werden. Auch der Lebensstil des Offizierskorps sollte so gestaltet werden, daß Arbeiter ohne Beeinträchtigung ihrer persönlichen Stellung und ihrer Geisteshaltung Offiziere werden können.

Wenn wir jetzt nach 15 Jahren Rückblick halten, so müssen wir feststellen, daß kaum ein Jota dieses Programms Wirklichkeit geworden ist. In wirtschaftlicher Hinsicht hat sich die Lage nur dort verbessert, wo die Wirtschaft selber ihren Mitarbeitern volle Lohnzahlung während der ganzen Ausbildungsdauer garantiert. Das gilt in erster Linie für das Bundespersonal; in der Privatwirtschaft kommt man wohl den Angestellten weiter entgegen als dem Arbeiter, dem man allenfalls die Ausbildung als Unteroffizier erleichtert.

In der Praxis der Militärbürokratie aber waltet entgegen den klaren Leitgedanken des Generals immer noch der alte Geist in der Auswahl der Offiziersaspiranten. Nach wie vor sind der überwiegend große Teil der Aspiranten Studenten, die in ihren Familien genügend wirtschaftlichen Rückhalt finden, um sich die rund zweijährige Dienstzeit bis zum abverdienten Leutnantsgrad zu leisten, ja in den meisten Fällen handelt es sich nach wie vor um junge Leute aus dem Bürgertum, bei denen der Offiziersgrad mit zur wirtschaftlichen und politischen Karriere gehört.

Die Beschränkung der Auswahl auf Studierende mag in gewissen Spezialtruppen ihre Richtigkeit haben, wenn zum Beispiel medizinisches Studium für den Sanitätsoffizier oder eine höhere technische Ausbildung für technische Spezialtruppen gefordert wird. Für die Armee als Ganzes aber bringt die Beschränkung auf eine solche, nach äußerlichen Gesichtspunkten ausgewählte «Elite» eben jene Gefahren mit sich, die im zitierten Generalsbericht erwähnt sind: Mangel an charaktvoller Persönlichkeit, an Lust und Sinn für die Verantwortung. Es ist heute eine ganz ausgeprägte Erscheinung — viel stärker als früher, da es noch so etwas wie soldatische Familientradition mit einem bewußten Ethos gab —, daß die Karriere des Offiziers zur Angelegenheit eines platten Strebertums geworden ist.

Der Offiziersgrad gilt auch in der Wirtschaft häufig als Ausleseprinzip. In unserer Massengesellschaft, die keine eindeutigen Strukturen mehr aufweist, nimmt man gerne an, daß der Offizier sich durch die Erwerbung seines Grades über Härte, Ausdauer und Führereigenschaften ausweise. Das

ist indessen nur in sehr beschränktem Maße der Fall. Es ist ein wechselseitiger Trugschluß, solange sich die Armee ihrerseits in der Auslese ihrer Aspiranten bewußt und unbewußt auf die sozial und wirtschaftlich herrschende Schicht konzentriert. Der im Zivilleben erfolgreiche Manager ist noch lange kein tauglicher militärischer Führer, wie umgekehrt der «Militärkopf» durch die kaum zu vermeidende Beschränkung seiner Denkkategorien oft in der Privatwirtschaft unbrauchbar ist. Wenn dennoch für den guten Bürgerssohn wirtschaftliche, militärische und zusätzlich oft die politische Karriere zusammenfallen, dann beweist das nur, daß sowohl am einen wie am anderen Orte die Ausleseprinzipien gegenüber dem anpassungsfähigen Strebertum versagen, denn nur in den wenigsten Fällen reichen die persönlichen Qualifikationen wirklich an beiden Orten aus.

Es gibt außerdem triftige politische Überlegungen, die dagegen sprechen, die militärische Führung der Armee allein der herrschenden wirtschaftlichen Schicht zu überlassen. Ein demokratischer Staat sollte alles vermeiden, was in der demokratisch gesinnten Masse der Arbeiter und Angestellten auch nur den leisesten Verdacht wecken könnte, daß sie im Ernstfall nicht so sehr für die Freiheit ihres Landes als für das Besitztum ihrer — zivilen wie militärischen — Vorgesetzten zu kämpfen hätten. Gerade heute aber, da unter der Drohung der Atomwaffen viele Soldaten an der Möglichkeit eines ernsthaften Widerstandes unseres Kleinstaates zu zweifeln beginnen, haben wir alles Interesse daran, das Vertrauen des einfachen Soldaten in seine Führung zu stärken. Das ist aber erst möglich, wenn diese Führung nicht mehr einseitig nur eine Schicht der Bevölkerung umfaßt.

Die preußischen Soldatentugenden

Man wird unseren Forderungen entgegenhalten, was auch für den zivilen Aufstieg zur Hochschulbildung immer wiederholt wird: daß die soziale Distanz, der Sprung aus dem Arbeitermilieu in Hochschulbildung und Offizierslaufbahn zu groß sei. Man erklärt, es liege nicht so sehr an den materiellen Bedingungen, sondern an der Verknüpfung des einzelnen in der Umwelt, wenn nicht mehr Arbeiter- und Bauernsöhne an unseren Universitäten studierten. Man führt Statistiken auf, um zu beweisen, daß vielfach der Sprung in zwei Generationenetappen zurückgelegt werde: vom Arbeiter über den Angestellten zum Akademiker, oder analog vom Soldaten über den Unteroffizier zum Offizier. Und da braucht es dann nur noch wenig bis zur fixen Behauptung, ein Arbeitersohn sei eben doch nicht «fähig» genug, er taue höchstens noch zum Unteroffizier.

An dieser Darstellung ist etwas Wahres und viel Falsches. Wahr ist, daß es für die meisten Arbeiterfamilien ungewöhnlich wäre, einen Offizier zum

Sohn zu haben, und daß der Sohn selber vielfach aus seiner grundsätzlich demokratischen und antimilitaristischen Einstellung vor einer militärischen Karriere zurückschreckt. Da liegt das Dilemma, das im Programm der SPS von 1947 zu der Forderung führte: «Lebensstandard und Lebensstil im Offizierskorps sind so zu gestalten, daß Arbeiter ohne jede Beeinträchtigung ihrer persönlichen Stellung und ihrer Geisteshaltung Offiziere werden können.» Es ist nicht so, daß Arbeitersöhne zur Offizierskarriere untauglich wären, aber gerade die Besten unter ihnen werden zumeist durch den immer noch herrschenden militärischen Geist abgeschreckt, der vor allem vom Kader der Berufsoffiziere ausgeht. Diese Schicht von Offizieren erliegt immer noch zu sehr der Versuchung, die Armee als Selbstzweck aufzufassen. Überschätzte soldatische «Tugenden», wie absoluter Gehorsam, Härte, außergewöhnliche Anstrengung, werden um ihrer selbst willen in den Vordergrund gestellt, als ob sich in ihnen die Kriegstüchtigkeit einer Armee erschöpfen würde.

Die geistige Barriere, die viele Arbeiter- und Bauernsöhne noch von der Offizierslaufbahn trennt, sind die «soldatischen Tugenden» des preußischen Militarismus. Denn sind Drill und Disziplin an sich schon wirkliche Tugenden? Seit die Welt erlebt hat, welch schändlichen Mißbrauch man mit ihnen treiben kann, ist dies sehr zweifelhaft geworden. Die Vorstellung, daß die militärische Ausbildung aus den jungen Leuten erst «einen ganzen Mann» mache, wird von unserer Jugend, die der Soziologe Schelsky die «skeptische Generation» nannte, nicht mehr akzeptiert. Das ausgeprägte individualistische Empfinden dieser Generation wird durch die systematische Gleichschaltung im militärischen Betrieb, durch das Abtöten der Persönlichkeit herausgefordert. Und da man den althergebrachten soldatischen Werten, wie Vaterlandsliebe, Treue, Gehorsam und Kameradschaft, mißtrauisch begegnet, hinterläßt die Brechung des eigenen Willens nur Resignation, Mißmut und Unwillen.

Es liegt auf der Hand, daß gerade die aufgeweckten Arbeiter- und Bauernsöhne wenig Lust zeigen, sich in diesem Geiste zu Vorgesetzten über ihre Kameraden aufschwingen zu wollen. Analog zum zivilen Leben wird also das Aufrücken neuer Führerpersönlichkeiten aus der Arbeiter- und Bauernschaft nicht ohne einen grundlegenden Wandel der Haltung des Offizierskorps möglich sein. Wenn nach der Empfehlung General Guisans die militärische Autorität auf eine breitere Grundlage abgestützt werden soll, dann ist dies nicht ohne Rücksichtnahme auf die breiten Volksschichten möglich. Eine wirkliche Armee reformieren will, muß das Verhältnis zwischen Soldat und Offizier neu überdenken. Im Grunde geht es also um die alte Streitfrage einer

Demokratisierung der Armee.

Daß eine solche möglich sei, hat der frühere Oberstkorpskommandant und Generalstabschef im Ersten Weltkrieg, Theophil Sprecher von Bernegg, in seinen Schriften und Reden strikte abgelehnt. Er war sich des Dilemmas zwischen demokratischem Staatsaufbau und militärischer Hierarchie wohl bewußt und befürwortete denn auch eine «Humanisierung» des Militärdienstes. Aber auf den absoluten Gehorsam ließ er es nicht ankommen, an diesem Axiom durfte nicht gerüttelt werden. Wohl nicht zufällig gab der gegenwärtige Pressechef des Eidgenössischen Militärdepartementes, Oberstleutnant Dr. H. R. Kurz, im letzten Herbst eine Biographie des ehemaligen Generalstabschefs heraus, um in unseren «Zeiten der Unsicherheit, des Zweifels und der Anfechtung» auf das Gedankengut des großen konservativen Patrioten hinzuweisen, das heute noch «Grundlegendes und Entscheidendes» enthalte. Solchermaßen durch die Prominenz des Zitierten gedeckt, geht es der «sogenannten Demokratisierung» an den Kragen. Sprecher schrieb 1895 dazu:

«Die Vorstellung von einem spezifisch schweizerisch-demokratischen Geiste, der ebenso sicher militärische Erfolge verbürge wie das auf Gehorsam gegründete Gefüge großstaatlicher Heere, ist eine Halluzination, die am ersten Schlachttage die schmerzlichste, blutige Enttäuschung zur Folge hätte.»

In seinem Aktivdienstbericht von 1918 geht Sprecher noch einen Schritt weiter und lehnt auch den sogenannten «denkenden Gehorsam» ab, den er als die Verneinung des Gehorsams schlechthin bezeichnete. Inzwischen hat sich allerdings vieles ereignet, was den Absolutheitsanspruch des militärischen Gehorsams ins Wanken gebracht hat. Die schrecklichen Folgen des Hitlerregimes können auch unser Denken nicht unberührt lassen. Die vielen Kriegsverbrecherprozesse vom Nürnberger Prozeß bis zu Eichmann haben deutlich gemacht, daß es eine eigene Verantwortung bis in die unterste Stufe hinab gibt. Wohl gibt unser Dienstreglement jedem Soldaten das Recht, verbrecherische Befehle zu verweigern. Aber wird er im entscheidenden Moment überhaupt die Möglichkeit einer Befehlsverweigerung haben? Wenn auch solche Annahmen für unsere schweizerische Armee kaum mehr als theoretischen Charakter haben, so ist eben doch der Anspruch auf absoluten Gehorsam schwer erschüttert worden.

Was nun die Neigung zum «denkenden Gehorsam» betrifft, so ist diese heute wohl stärker denn je, besonders unter der jüngeren Generation. Der Soldat von heute will überzeugt werden vom Sinn seines Handelns, vom Nutzen der ganzen Landesverteidigung. Und er hat ein Recht auf Auskunft, denn er wird möglicherweise einem atomgerüsteten Gegner entgegenzutreten haben. Die Notwendigkeit staatsbürgerlicher Aufklärung und Diskussion ist

ja auch erkannt worden. Man gibt heute den Rekruten ein Soldatenbuch ab, es werden Aussprachen zwischen Offizieren und Truppe herbeigeführt, kurz, man appelliert in jeder Form an das Denken des Untergebenen.

So kommen wir zum Schluß, daß es keineswegs weiterhin die erste Aufgabe der Rekrutenschulen sein darf, den eigenen Willen und das eigene Denken der jungen Menschen zu brechen, sondern daß im Gegenteil eine konsequente Erziehung zum staatsbürgerlichen Denken und zur Verantwortung — im Zeichen der Atombombe — notwendig ist. Die ideologische und psychologische Kriegführung sind heute Faktoren ersten Ranges geworden, und keine Armee wird mehr bestehen können, die nicht von einer gemeinsamen inneren Überzeugung zusammengehalten wird. In diesem Sinne, als Voraussetzung jeden Gehorsams, brauchen wir eben doch jenen «spezifisch schweizerisch-demokratischen Geist», den Sprecher noch als Illusion abtat.

Das ist auch der Sinn des sozialdemokratischen Armeereformprogrammes von 1947, das ausdrücklich die Notwendigkeit des Gehorsams anerkennt, aber fortfährt: «Im Rahmen dieser indiskutablen Forderung aber soll und kann das Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Untergebenen nach neuen Gesichtspunkten geregelt werden, die ein *menschlich würdigeres Verhältnis und eine wirksamere Zusammenarbeit* ergeben, als sie — namentlich in den Rekrutenschulen — bisher vielfach üblich war.»

Mit dem Ausdruck «wirksamere Zusammenarbeit» wird ein neues Verhältnis zwischen Offizier und Truppe gefordert, das dem «denkenden Gehorsam» eine weitherzige Interpretation geben will. Tatsächlich spricht vieles dafür, den unteren Chargen eine gewisse eigene Initiative und Selbständigkeit einzuräumen. Sollte nicht auch unsere Armee vom eigenen Denken der Untergebenen profitieren können, wie es die Privatindustrie mit sorgsam betriebenen Vorschlagssystemen und Briefkästen seit langem tut? Zudem bleibt die schwierige Frage eines Partisanenkrieges offen, der gegen eine eventuelle Besatzungsmacht zu führen wäre, ohne daß unsere Soldaten dafür vorbereitet werden.

Die Formel der Wirksamkeit impliziert noch etwas anderes: daß die größtmögliche Abwehrwirkung nur dann verwirklicht wird, wenn jeder entsprechend seinem Können auf seinem Platz steht. Wollte man unsere Armee nach betriebswissenschaftlichen Kategorien untersuchen, so müßte das Ergebnis auf weite Strecken peinlich ausfallen. Unter dem Mantel militärischer Autorität, die sich forsch und überlegen gibt, steckt mancher Vorgesetzte, der sowohl menschlich wie militärisch-technisch ungenügend ist. Andererseits liegen viele wirkliche Föhrtalente brach, sei es wegen der materiellen Voraussetzungen oder der falschen Ausleseprinzipien. Auch die Vergeudung an Arbeitskraft und Material, die überall dort anzutreffen ist, wo unfähige Vorgesetzte regieren, würde in keinem Privatbetrieb geduldet. Daß unsere

in Bergen von Formularen und in rituellen Schemas und Tabellen erstickende Militärbürokratie nur schwerlich als kriegstüchtig angesprochen werden kann, ergibt sich nebenbei.

Der Bürger im Wehrkleid

Für das Verhältnis zwischen demokratischem Staat und Armee ist neben der Demokratisierung der Offizierslaufbahn und einem wenn nicht demokratischen, so doch weniger absolut-autoritären Verhältnis zwischen Vorgesetzten und Truppe auch der Geist der Armee als Ganzes wichtig. Mit aller Schärfe muß eine Milizarmee wie die schweizerische jenen Tendenzen vorbeugen, die im Dasein der Armee einen Selbstzweck erblicken. Die soldatische Ausbildung ist eine pädagogische und eine technische Aufgabe, sie darf auf keinen Fall als Vorwand zu schikanöser Behandlung, unnötiger Härte oder übermäßiger Beanspruchung dienen. Deshalb ist das Instruktionkorps mit besonderer Sorgfalt auszuwählen, und es sollte auch dafür gesorgt werden, daß sich Berufsoffiziere regelmäßig für einige Zeit aus ihrem Betrieb herauslösen können, um nicht Opfer eines spezifischen Kasernen Denkens zu werden.

Das Schlagwort vom «Bürger im Wehrkleid» muß zu einer greifbaren Wirklichkeit werden. Auch der einfache Soldat hat, wenn er in seinen Wiederholungskurs einrückt, ein Recht auf menschlichen Respekt seitens seiner Vorgesetzten. Angesichts der spezifisch schweizerischen Organisation der Milizarmee läßt sich zumindest für die Übungen in Friedenszeiten die Berechtigung eines spezifisch schweizerischen Geistes der Armee nicht leugnen. Der Schweizer Soldat ist im allgemeinen sehr pflichtbewußt und pflichtgetreu, aber er bringt auch ein starkes Selbstbewußtsein mit, das ihn nicht einfach zu willenlosem Menschenmaterial machen läßt. Das Wort vom «freien Schweizer» — so oft es auch mißbraucht oder durch vielen Gebrauch abgenützt wurde, in seinem Kern enthält es immer noch die Botschaft vom Volk der «Brüder», der Freien und Gleichen. Der Vorgesetzte, der glaubt, sich dank seinem höheren Rang über diese Freiheit und Gleichheit hinwegsetzen zu können, wird früher oder später das Vertrauen seiner Soldaten verlieren.

So ist der Absolutheitsanspruch der Militärhierarchie ein sehr bedingter. Er gilt nur, solange und soweit er von der breiten Masse als zur Verteidigung des Friedens und der Freiheit des Vaterlandes notwendig innerlich anerkannt wird. Denn auch der Patriotismus alten Stils, der unabdingbar zum absoluten Gehorsam gehörte, ist in dieser Form nicht mehr lebendig. An seine Stelle wird eben jener «spezifisch schweizerisch-demokratische Geist» treten müssen, der noch zur Zeit von Sprechers mit dem Wesen der Armee unvereinbar schien. Der neue Geist bedingt ein inneres Einverständnis zwischen Führung und Truppe über die Aufgabe, den Frieden für den demo-

kratischen Staat zu wahren und notfalls zu verteidigen, er verlangt ein unbedingtes Bekenntnis aller Armeeeingehörenden zur Demokratie und er setzt voraus, daß alle Kreise, die an der Staatsverantwortung teilhaben, auch angemessen in der Armeeführung mitbeteiligt sind, damit diese ein möglichst breites Vertrauen im Volk genießen kann. Das Programm, das die Sozialdemokratische Partei der Schweiz 1947 zur Mitwirkung der Arbeiterschaft in der Armeeführung entwickelt hat, ist so aktuell wie eh und je. Es weist gangbare Wege zur Erneuerung der heute immer noch einseitig zusammengesetzten Führungsschicht der Armee und damit zu einer Festigung des Verhältnisses zwischen Demokratie und Armee. Die «Zweifel und Anfechtungen», von denen Dr. Kurz in seiner Sprecher-Biographie spricht, und die sowohl aus den schrecklichen Kriegserfahrungen wie aus der nüchternen Skepsis der jungen Generation und einer weitverbreiteten Atomfurcht herühren mögen, sind nicht mit dem Rückgriff auf das konservative Denken der Jahrhundertwende zu beheben, sondern allein durch eine zeitgemäße, unpathetische Militärpolitik, deren Ziel es ist, die Lebensnotwendigkeit einer starken Armee als eines unabdingbaren Existenzmittels des Staates tief im demokratischen Bewußtsein der breiten Masse zu verankern.

HANS SCHMID

Was geht in Frankreich vor?

(Fortsetzung)

3. Die Handhabung der Verfassung

Daß die Macht im Staate weder wirksam noch respektiert ist, geht auch aus der Respektierung der Verfassung hervor.

Die charakteristischen Züge der Verfassung vom 4. Oktober 1958 sind die Stärkung der Exekutive und die Schwächung des Parlaments.

Was die Stärkung der Exekutive anbetrifft, *dehnt die Verfassung die Kompetenzen des Präsidenten der Republik weit aus.* Er hat insbesondere den Premierminister zu ernennen und hat das Recht zur Auflösung der Nationalversammlung. Der Artikel 16 der Verfassung ermächtigt ihn zudem, außerordentliche Vollmachten zu beanspruchen, wenn die Institution der Republik bedroht oder ihr normales Funktionieren unterbrochen oder die Unabhängigkeit des Landes schwer und unmittelbar bedroht sind. Der Artikel 16 war im Sommer 1961 von großer Aktualität. De Gaulle machte am 23. April, nach dem Putsch der Generäle in Algerien, davon Gebrauch und behielt seine Vollmachten bis Ende September.

Die Verfassung beschränkt die Anwendungszeit des Artikels 16 nicht. Einzig der Präsident der Republik entscheidet darüber. Sie schreibt hingegen